

Niederschrift
über die Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 17.02.2004

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 09. und 16.12.2004 |

II. Eingaben an den Rat

- | | | |
|---|-------------------|--|
| 3 | 02 - 13 1562/2004 | Überschuss der Stadtwerke |
| 4 | 04 - 13 1564/2004 | Unterstützung für die Katzenbetreuung "Samtpfote Emmerich am Rhein e. V" |
| 5 | 06 - 13 1552/2004 | Neubau eines Carports;
Mein Antrag vom 14.Oktober 2003 |

III. Vorlagen

- | | | |
|----|----------------------|---|
| 7 | 02 - 13 1557/2004 E1 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2003 |
| 8 | 02 - 13 1558/2004 E1 | Haushaltssatzung 2004;
hier: Verabschiedung |
| 9 | 04 - 13 1554/2004 | Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlaß der Veranstaltungen
"Emmerich blüht auf" am 14.03.2004
"Autoshow" am 13.06.2004
"Stadtfest" am 12.09.2004
"St. Martinsmarkt" am 07.11.2004 |
| 10 | 10 - 13 1556/2004 | Ersatzwahlen zu den Ausschüssen |
| 11 | 10 - 13 1566/2004 | Bildung Aufsichtsrat TWE |
| 12 | 41 - 13 1555/2004 | Beratung und Beschlussfassung über den Prüfungsbericht des Wirtschaftsplanes 01.08.2002 - 31.07-.2003 des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte der Stadt Emmerich am Rhein |
| 13 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 14 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
 Arntz, Anneliese
 Beckschaefer, Christian
 Bongers, Karl-Heinz
 Brink ten, Johannes
 Diekman, Rolf
 Diks, Johannes
 Elbers, Markus Herbert
 Gertsen, Gerhard
 Gies, Norbert
 Gorgs, Hans-Jürgen
 Günther, Ralf
 Heering, Anneliese
 Hövelmann, Gabriele
 Jansen, Albert
 Jessner, Udo
 Koster, Gregor
 Kremer, Helmut
 Kulka, Irmgard
 Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
 Lang, Hermann
 Lorenz, Marianne
 Möllenbeck, Irene
 Offergeld, Birgit
 Roebrock, Wilhelm
 Sickelmann, Ute
 Siebers, Sabine
 Spiertz, Andre
 Struckhof, Detlef
 Tenhaef, Alfred
 Tapaß, Udo
 Trüpschuch, Elke
 Ulrich, Herbert
 Wernicke, Hans-Jörgen

Von der Verwaltung:

Boch, Horst
 als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
 Herr Siebers
 Herr Gürtzgen
 Herr Holtkamp
 Herr van Kampen
 Herr Kraayvanger
 Herr Kleipaß
 Herr Kemkes
 Frau Lebbing
 Herr Runge
 Frau Schlitt
 Frau Schnieders
 Frau Evers (Schriftführerin)

Von den
 Abwasserwerken: Herr Antoni

Von der Wirtschafts-
 förderungs- und Stadt-
 marketing GmbH Herr Hüls

Als Gast: Herr Balkmann von der Stadtparkasse Emmerich-Rees

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Einwohner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Mitglied Beckschaefer den Antrag, den Tagesordnungspunkt

6 01-13 1565/2004 Umwandlung des Baubetriebshofes und des Aufgabenbereiches Abfallentsorgung in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung (sh. auch Vorlage Nr. 01-13 0982/2002)

von der Tagesordnung abzusetzen und in den nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates zu behandeln.

Seine Fraktion hatte noch keine Möglichkeit, über diesen Punkt zu beraten, aus diesem Grunde stellt er den Antrag. Weiterhin bittet er die Verwaltung, zu der entsprechenden Sitzung Mitarbeiter des Büros Prof. Dr. Rudolph einzuladen, um mögliche Fragen zu beantworten.

Die Mitglieder des Rates sind hiermit einverstanden.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

1. Abfluss des Grundwassers an der Rheinpromenade;
hier: Anfrage von Frau Ursula Beyrau

Frau Beyrau äußert ihre Bedenken betr. des Abflusses des Grundwassers, welches nach dem Hochwasser auf die Rheinpromenade kommt.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bittet Frau Beyrau, ihre Adresse und Telefon-Nr. beim Fachbereichsleiter 1 zu hinterlassen. Er wird sich dann mit ihr in Verbindung setzen zwecks Terminabsprache, um diese Problematik durchzusprechen.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 09. und 16.12.2004**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegten Niederschriften werden Einwände nicht erhoben. Sie werden vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. Eingaben an den Rat

3 02 - 13 1562/2004 Überschuss der Stadtwerke

Die Mitglieder des Rates nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Vorschlag des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emmerich GmbH beschließt die Gesellschafterversammlung gemäß § 2 über den Jahresabschluss und die Ergebnisverwendung.

Die Eingabe wird zuständigkeithalber dem Aufsichtsratsvorsitzenden zugeleitet.

4 04 - 13 1564/2004 Unterstützung für die Katzenbetreuung "Samtpfote Emmerich am Rhein e . V"

Mitglied Sickelmann befürwortet die Eingabe und bittet ein geeignetes Haus für den Verein zu finden.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass zur Zeit kein passendes Gebäude zur Verfügung steht. Er lässt über den Beschluss der Verwaltung abstimmen.

Der Rat weist die gem. § 24 GO erhobene Beschwerde gegen die Stadt Emmerich am Rhein aus den nachstehend genannten Gründen zurück.

Begründung:

1. Der Verein Samtpfote Emmerich am Rhein e.V. hat auf eigenen Antrag (Pflegestelle für Katzen) hin die Erlaubnis des Kreisveterinäramtes Kleve nach § 11 Tierschutzgesetz erhalten.

Diese Erlaubnis beinhaltet die Zucht, Haltung von und Handel mit Tieren.
Es dürfen max. 15 Katzen gleichzeitig gehalten werden.

2. Die Stadt Emmerich ist als örtliche Ordnungsbehörde für die Einhaltung der Vorschriften des Tierschutzgesetzes zuständig.

Hierunter fällt u.a. die Unterbringung von Tieren allgemein. Zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Stadt Emmerich - wie im übrigen auch andere Kommunen im nördlichen Kreisgebiet - seit ca. 20 Jahren einen Vertrag mit dem Tierheim Kranenburg geschlossen. Mit diesem Vertrag hat sich das Tierheim Kranenburg verpflichtet, Tiere aufzunehmen und zu versorgen bzw. zu vermitteln. Hierfür erhält das Tierheim Kranenburg einen jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 6.200,- Euro. (und nicht - wie von Frau Hilbig unter Berufung auf Herrn Mölders angegeben - 32.000,- Euro)

Weitere Zuschüsse - auch an andere Tierhilfeeinrichtungen - werden aus Mitteln der Stadt Emmerich am Rhein nicht gezahlt.

Das Tierheim Kranenburg wird in regelmäßigen Abständen vom Kreisveterinäramt Kleve kontrolliert. Beanstandungen sind nicht zu verzeichnen. Auch Beschwerden von Emmericher Bürgern über das Tierheim Kranenburg sind hier nicht bekannt.

3. Die Vorwürfe der Frau Hilbig zum Tierschutzfall der 39 Katzen sind völlig unhaltbar.

Das Ordnungsamt Emmerich wurde am 05.12.2003 vom Tiernotdienst Geldern darüber informiert, dass in einer Wohnung in Emmerich ca. 30 Katzen nicht artgerecht gehalten werden. Eine Information des hiesigen Ordnungsamtes zu einem früheren Zeitpunkt durch die Hausverwaltung (Juli 2003) ist nicht erfolgt. Nach Überprüfung am gleichen Tag wurden am 08.12.2003 in Zusammenarbeit mit dem Kreisveterinäramt Kleve diese Katzen verschiedenen Tierhilfeeinrichtungen zugeführt und dort weiter versorgt bzw. ärztlich behandelt.

Die Stadt Emmerich hat demnach nachweislich unverzüglich nach Bekanntwerden des Tierschutzfalles reagiert.

Hinsichtlich der gegen einen Mitarbeiter des Ordnungsamtes in diesem Zusammenhang erhobenen persönlichen Vorwürfe behält sich dieser eine Anzeige wegen Verleumdung vor.

4. Verwilderte Katzen:

Nach Aussage von Frau Hilbig wendet sich die Bevölkerung wegen verwilderter Katzen an ihren Verein. Mit Schreiben vom 11.11.2003 wurde Frau Hilbig darauf hingewiesen, dass die Stadt Emmerich für verwilderte Katzen zuständig sei. Evtl. Anrufer möge sie an das Ordnungsamt verweisen.

Das Problem verwilderter Katzen ist auch in anderen Gemeinden hinlänglich bekannt. Das Kreisveterinäramt hat mitgeteilt, dass verwilderte Katzen eingefangen, kastriert und an der Fundstelle (Futterquelle) wieder ausgesetzt werden sollen. Diese Vorgehensweise dient der Eindämmung der Population wildlebender Katzen.

In einem Gespräch zuvor wurde Frau Hilbig angeboten, dass die Kosten einer Kastration wildlebender Katzen aus Emmerich von der Stadt Emmerich übernommen werden können. Eine Unterbringung ist jedoch nicht erlaubt, da dies der Vorgabe des Kreises widerspricht. Wildlebende Katzen sollen an der Fundstelle verbleiben.

Zusammenfassung .:

Durch den Vertrag mit dem Tierheim Kranenburg ist die Stadt Emmerich in der Lage für **alle** Tierarten tierschutzrechtlich vorzugehen bzw. Tiere unterbringen zu können. Nach derzeitigen Erkenntnissen gibt es keinen weitergehenden Bedarf.

Der Verein Samtpfote wird auch mit Katzen aus benachbarten Städten und Gemeinden frequentiert. Im Falle einer Unterstützung des Vereins Samtpfote e.V. droht eine Verlagerung der Probleme nach Emmerich.

Bei einer Unterstützung des Vereins Samtpfote könnten zukünftig evtl. weitere Anträge anderer Einrichtungen auf Unterstützung folgen, die sich für weitere Tierarten speziell zuständig fühlen.

Nach Erstellung der Vorlage ging am 05.02.2004 ein weiteres Schreiben der Frau Hilbig ein, mit dem sie der Stadt unterstellt, Katzen erschießen zu lassen. Das Schreiben ist als Anlage beigefügt. Auch diese Unterstellung entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage. Einer Belehrung der Verwaltung hinsichtlich der Rechtsgrundlagen des Tierschutzes durch Frau Hilbig bedarf es jedenfalls nicht. Das Verwaltungshandeln ist in der Begründung des Beschlussvorschlages ausführlich dargestellt.

**8 02 - 13 1558/2004 E1 Haushaltssatzung 2004;
hier: Verabschiedung**

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Diks das Wort:

Mitglied Diks:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Verwaltung hat im Dezember 2003 den Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Emmerich am Rhein für das Geschäftsjahr 2004 eingebracht. Die Einbringung war, wie fast immer in den letzten Jahren, verbunden mit warnenden Hinweisen des Herrn Siebers, auf die bedrohliche Situation der Finanzentwicklung. Sieht man sich den Vorbericht zum Haushaltsplan an, so liest man auf der Seite 13 des Haushaltsentwurfes im Rückblick auf das Jahr 2002 und im Überblick auf das Jahr 2003 welche Veränderungen dazu geführt haben, dass im Laufe des Jahres das Zahlenwerk sich um Millionenwerte verändert. Der Entwurf des Verwaltungshaushaltes des Jahres 2002 hat ein Defizit von 2 Mio. Euro. Der Abschluss ein Plus von 748.000 Euro. Der Entwurf des Verwaltungshaushaltes des Jahres 2003 hatte fehlende Deckungsmittel i. H. v. 6,6 Mio. Euro, der voraussichtliche Jahresabschluss, der Jahresabschluss ist noch nicht ganz fertig, wird bei ca. 700.000 Euro enden. Nur zwei Beispiele, die deutlich machen, wie schwierig es ist, die vielen Unwägbarkeiten eines laufenden Geschäftsjahres richtig vorherzusehen. Ich sage dies vollkommen ohne Kritik an den für das Finanzwesen zuständigen Beamten, Herrn Siebers. Es ist seine Aufgabe, die Ansätze aus der Sicht eines vorsichtigen Kaufmannes zu bewerten und es ist doch ein schönes Erlebnis für alle, wenn dann Herr Siebers mit freundlicher und lächelnder Begleitung aller Politiker gegen Ende eines Jahres von einmaligen Sonderfaktoren spricht, die dafür gesorgt haben, dass sich das Zahlenwerk doch wieder einmal deutlich verbessert hat. So war es in der Vergangenheit, doch so muss es nicht jedes Jahr sein.

Dass sich die Finanzlage der Kommunen zugespitzt hat, ist allgemein bekannt. Die Krise verschärft, weil bei den immer weiter sinkenden Einnahmen, insbesondere den einbrechenden Steuereinnahmen, keine Entlastung auf der Ausgabenseite gegenüberstehen. Im Gegenteil, die Ausgaben explodieren, vor allen bei den sozialen Leistungen. Hinzu kommt, die Kostenverlagerung von Bund und Land gehen munter weiter. Die Ergebnisse der jüngsten Novembersteuerschätzung beweisen, wir haben die Talsohle noch nicht erreicht. Alle Indikatoren befinden sich auf Rekordniveau. Der Fehlbetrag in den Verwaltungshaushalten ist in den letzten drei Jahren geradezu explodiert. Von 500 Mio. Euro in 2000 auf rd. 4,5 Milliarden in 2003. Das ist eine Steigerung auf 900 %. Es geht nur um Kürzungen, um Streichungen und Schließungen. Das erzeugt landesweit Hoffnungslosigkeit, Frust und Verärgerung. Und dennoch haben sich Bund und Länder nicht auf eine Gemeindefinanzreform einigen können. Der sogenannte Kompromiss ist aus kommunaler Sicht unbefriedigend und definitiv ungeeignet, die Finanzkrise der Kommunen spürbar und strukturell zu verbessern.

Einzigster scheinbarer Lichtblick sind die vor kurzem veröffentlichten Ergänzungsvorlagen des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Die kommunale Familie erhält durch die Änderung der ersten und zweiten Ergänzungsvorlage rd. 948 Mio. Euro mehr, das mag aus Sicht der vor Ort verantwortlichen Kämmerer zu begrüßen sein, denn in der schwersten Finanzkrise kommunaler Selbstverwaltung seit Bestehen der Bundesrepublik werden diese zusätzlichen Mittel die Situation vor Ort entlasten. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel für die Kommunen sollen im Kommunalwahljahr 2004 das Ausmaß der dramatischen finanziellen Lage der Kommunen verschleiern. 181 Kommunen sind in Nordrhein-Westfalen nicht mehr in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Landesregierung gibt sich im Kommunalwahljahr scheinbar kommunalfreundlich. Doch das dicke Ende kommt für die Kommunen im Landtagswahljahr 2005, in dem sie die kreditierten Mittel an das Land erstatten müssen. Das Land benutzt also die Kommunen, um eine aus Krediten finanzierte Rücklage i. H. v. mehr als 1 Milliarde Euro für das Landtagswahljahr 2005 zu bilden. Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Emmericher Haushalt kommen.

Wir haben im Dezember 2003 einen Haushaltsentwurf vorgelegt bekommen, der ausgeglichen war. Dies ist grundsätzlich positiv. Die Verwaltung wollte den Haushalt allerdings mit einer Entnahme von Eigenkapital bei den Abwasserwerken i. H. v. 5,4 Millionen Euro finanzieren. Hier vertraten wir eine andere Meinung. Und es hat sich im Laufe der Beratungen in den letzten Wochen gezeigt, dass es auch anders geht.

Wir nehmen in diesem Jahr keine neuen Kredite auf, es gibt auch in diesem Jahr keine Kürzungen bei den freiwilligen Zuschüssen. Hiervon profitieren insbesondere die Jugend, der Sport, die Kultur und unsere Senioren. Es gibt keine Erhöhung bei den Gewerbe- und Grundsteuer A und B. Wir halten an den geplanten Investitionen i. H. v. ca. 7 Mio. Euro, insbesondere in unserer Innenstadt fest, auch, wenn wir davon ausgehen, dass Teile hiervon erst in 2005 kassenwirksam werden. Wir finanzieren unsere Investitionen teilweise aus dem Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken. Dies ist kein Verschleiss unseres Tafelsilbers, wie es schon einmal von dem einen oder anderen Politiker zu hören ist, denn, es werden hierfür neue Vermögenswerte geschaffen. Die CDU-Fraktion hält am Modellprojekt des sozialen Frühwarnsystems trotz der auslaufenden Landesförderung fest, weil wir glauben, dass dadurch mittel- und langfristig Einsparungen erzielt werden können. Die CDU-Fraktion ist für einen kurzfristigen Beginn der Bauarbeiten des neuen Feuerwehrgerätehauses. Die CDU-Fraktion ist für den Neubau einer Turnhalle auf dem Gelände der Europa-Hauptschule. Selbstverständlich wird erst nach Fertigstellung dieser Turnhalle die alte Halle an der Merowingerstraße abgerissen. Die Irritation, die es um diese Frage gegeben hat, haben wir nicht nachvollziehen können. Die CDU-Fraktion hat zusätzliche 10.000 Euro Planungskosten für die Aufhebung von Bahnübergängen in den Haushalt eingebracht, weil wir Lösungen brauchen im Zusammenhang mit der Problematik unserer Bahnlinie mitten durch Emmerich. Das beweist die Presse ja heute auch wieder, ich denke, da müssen wir dringend dran arbeiten. Die CDU-Fraktion hat 30.000 Euro für das Anlegen eines Barfußparks in den Haushalt eingestellt. Der Barfußpark ist eine Bereicherung für unseren Ortsteil Elten, der den Tourismus weiter fördern wird. Der Sperrvermerk wird aufgehoben, wenn die endgültige Konzeption fertiggestellt und ein Betreiber hierfür gefunden ist.

Die CDU-Fraktion begrüßt den Einstieg in die geplante Senkung der Personal- und Sachkosten um 1 bzw. 2 %. Das sind ca. 300.000 Euro jährlich. Es wird die Aufgabe des neuen Bürgermeisters sein, die größten Kostenblöcke des Verwaltungshaushalts, nämlich die 10,7 Millionen Personalausgaben und die 10 Millionen Euro Sachausgaben nachhaltig auf weitere Einsparungspotentiale zu durchforsten. Aber auch die Kreisumlage stellt mit einem Kostenvolumen von ca. 11,3 Millionen Euro, incl. der Ausgabe für den ÖPNV eine hohe Ausgabenposition dar, es ist sogar die größte mittlerweile, die zu hinterfragen ist. Die höheren Schlüsselzuweisungen des Landes, davon sprach ich ja eingangs, verringern nun zwar die Kreisumlage um ca. 630.000 Euro, doch hier möchte ich auf meine anfänglichen Aussagen zur Landespolitik zurückkommen. Es ist dringend angezeigt, diese noch nicht eingeplanten zusätzlichen Mittel, zunächst der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Die CDU-Fraktion begrüßt die Absprache mit der EGD-Geschäftsführung, den Gewinn der EGD aus dem Rechnungsjahr 2003, überwiegend dem Shareholder der Stadt Emmerich am Rhein zukommen zu lassen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, vor kurzem war in der örtlichen Presse die Aussage eines Emmericher Kommunalpolitikers zu lesen, dass jeder verantwortliche Kommunalpolitiker hätte erkennen müssen, dass die Gewerbesteuerzahlungen sinken würden. Tatsache ist, dass die Gewerbesteuerzahlungen in Emmerich am Rhein von 2000 auf 2001 von 2001 auf 2002 und von 2002 auf 2003 gestiegen sind. Ein Ergebnis, das wohl nur wenige Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen verbuchen können. Richtig ist, dass der Haushaltsansatz mit 10,93 Millionen deutlich niedriger liegt, als die Gewerbesteuerergebnisse der letzten Jahre. Hier ist das tatsächliche Gewerbesteuerergebnis abzuwarten. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass auch dieses Mal das Ergebnis besser sein wird, als die Schätzung des für das Finanzwesen zuständigen Beamten.

Wir sind auf einem guten Weg, wir investieren in unsere Stadt, wir erhalten mit der neuen Rheinpromenade und der Innenstadtgestaltung einen neuen Anziehungspunkt. Wir weisen neue Gewerbegebiete aus, damit weitere Ansiedlungen möglich werden. 8,7 % Arbeitslose sind zwar esser als 11,3, die wir noch im Jahre 2000 hatten, aber für uns in Emmerich am Rhein zu viel.

Der Hafen erhält eine neue zweite Containerbrücke, der dritte Autobahnanschluss wird hoffentlich kurzfristig umgesetzt. Wir benötigen Bahnunterführungen, um unsere Bürger zu entlasten. Im September wird der Rat neu gewählt. Jedes Ratsmitglied, jede Fraktion ist gut beraten, nur das zu versprechen, was auch gehalten werden kann. Ich möchte mich im Namen der CDU-Fraktion für die überwiegend gute sachliche und faire Zusammenarbeit bei allen Fraktionen herzlich bedanken. Ich möchte mich bei Ihnen Herr Bürgermeister Boch, beim Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Wachs, bei Herrn Siebers für die Erstellung des Zahlenwerkes und bei allen Beschäftigten der Verwaltung, bei den Beschäftigten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, bei den Beschäftigten der EGD, der Stadtwerke, des Hafens, des Embricanas und den vielen ehrenamtlich tätigen Bürgern, bei der Feuerwehr, beim ICE, dem Geschichtsverein, dem Förderkreis Bücherei und den vielen anderen Institutionen und Vereinen für ihre Mitwirkung bedanken. Ich beantrage für die CDU-Fraktion den Haushalt 2004, den Stellenplan und das Investitionsprogramm zu beschließen."

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Jessner das Wort:

Haushaltsrede Jessner

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, mein Kollege hat es ja vergleichsweise leicht, die CDU ist weder im Bund noch im Land in der Verantwortung, da lässt sich natürlich herrlich schimpfen und fordern. Ich habe dies immer für ein bisschen müßig gehalten, wenn wir hier im kommunalen Rat versuchen, so die große Politik hier zu kommentieren, weil erstens sind die Argumente so vorhersehbar, die einen prügeln auf die ein, die in der Verantwortung sind und die anderen versuchen das zu verteidigen, je nach parteipolitischer Ausrichtung, und zum zweiten ist das eben Themenkreis, mit dem wir uns hier überhaupt nicht zu beschäftigen haben. Wir haben allenfalls die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und was die Ergebnisse betrifft, Herr Diks, bei aller fehlenden Neutralität, die uns da halt zu eigen ist, muss man eben doch sagen, dass das Land, was die Finanzierung der Kommunen angeht, zumindest in diesem Jahr auch die Verteilungsmasse nicht verändert hat, dass wir auch in diesem Jahr nicht von Schlüsselzuweisungen profitieren können, hat ja einen anderen Grund. Hat nämlich den Grund, dass wir eine besonders herausragende Wirtschaftskraft haben, durch erheblich gestiegene Gewerbesteuererinnahmen, auch wieder in dieser Referenzperiode und wenn es denn Kritik gäbe, dann müsste man sie da anbringen, dass das System des kommunalen Finanzausgleichs eben die Gemeinden benachteiligt, die leistungsfähig sind, die Leistungsfähigen bestraft und diejenigen, die nichts tun und die sich ausruhen auf ihren Lorbeeren durch den kommunalen Finanzausgleich bevorzugt. Wollte man das ändern, auf Landesebene – Herr Diks – dann hätten wir wahrscheinlich quer durch alle Fraktionen im Landtag ein Problem, weil eben diejenigen, die profitieren vom kommunalen Finanzausgleich, in der bisherigen Form in der Mehrheit sind, ganz gleich, ob sie SPD oder CDU geführt sind, es werden sich schwerlich Mehrheiten dafür finden lassen, das ist ja der Grund, warum wir dieses System nach wie vor so haben, obwohl es eigentlich der Vernunft widerspricht und wenn wir beide gemeinsam vielleicht dann mal einen Anlauf machen können, das auf Landesebene zu ändern und mal so anstoßen können, dann wäre vielleicht schon ein bisschen getan. Und was die Frage angeht der Neuordnung der kommunalen Finanzen, nur zur Erinnerung, damit das nicht untergeht, ich glaube es waren die CDU geführten Bundesländer, die der Neuordnung der kommunalen Finanzen im Bundesrat zugestimmt haben, sonst hätten wir schon eine Neuordnung.

Gut, ich will es dabei bewenden lassen, weil, wie gesagt, eigentlich haben wir uns ja mit Kommunalpolitik und mit unserem Haushalt zu beschäftigen und da wird auch ich feststellen wollen, dass wir eben auch in diesem Haushaltsjahr wieder einen Haushalt verabschieden können, der ohne Steuererhöhung auskommt, der ohne Kredite auskommt, der auf die Kürzung freiwilliger Leistungen verzichtet und der immerhin Investitionen sichert in der Größenordnung von mehr als 7 Mio. €. Das ist für eine Stadt, wie die Stadt Emmerich eine erhebliche Größenordnung, das ist insoweit nicht schlecht.

Aber auch in diesem Jahr- genau wie in den vergangenen 2, 3 Jahren – haben wir eben auch wirklich alle Kräfte zusammennehmen müssen, um dieses Ergebnis zu erreichen. Wir haben unsere Finanzierungsmöglichkeiten bis an die Grenzen ausschöpfen müssen. Wir konnten das alles schon in der Zeitung lesen, das ist deshalb wahrscheinlich auch richtig, wie alles was in der Zeitung steht. Wir können das nicht mehr so oft machen, wir haben unsere Reserven, was diese Finanzierungsmöglichkeiten angeht, schon nahezu ausgeschöpft, das wird man so feststellen müssen.

Das ist aber kein Grund, das Ergebnis unserer Bemühungen zu verstecken. Wir haben nämlich noch Reserven mobilisieren können in der Zeit, in der andere längst keine mehr haben. Auch das gehört schlicht zur Wahrheit dazu. Wir sind in der Situation als Stadt Emmerich, in der wir in der Lage sind, solche Haushalte darzustellen aus unseren Reserven, andere können das schon lange nicht mehr, die befinden sich im kommunalen Finanzausgleich und haben die Möglichkeit nicht. Haben dann auch nicht mehr die Möglichkeiten, freiwillige Leistungen, insbesondere Vereinsförderung oder Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit fortzuführen. Wir können das noch. Wir wollen das auch weiterhin sichern, da sind wir aus meiner Sicht auch auf einen guten Weg und deshalb haben wir, so denke ich, allen Grund ganz selbstbewusst festzustellen, dass dieser Haushalt die bestmögliche Lösung unserer aktuellen Probleme ist. Es gibt keine bessere Lösung, das ist das, was man in dieser Situation machen kann, wenn man die Ziele verfolgt, die wir verfolgt haben. Wir haben Kritik auch lesen können, auch hören können, daran, dass der Gewinn der EGD in diesem Jahr vollständig in den Haushalt der Stadt Emmerich eingestellt werden soll. Diese Kritik gab es auch in meiner Fraktion. Auch da hat es Diskussionen gegeben. Ich kann das durchaus verstehen, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen geben kann. Wir werden gleich auch zu diesem Punkt um eine getrennte Abstimmung bitten, um in dieser Frage auch Gegenvoten möglich machen zu können. Aber wir haben uns mehrheitlich halt dazu entschieden, diese Lösung, die jetzt den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung mitprägt, mitzutragen, weil politisches Handeln eben immer eine Frage der Alternativen ist und als Alternative zur Einstellung des Gewinns der EGD in den Haushalt stand eben der Vorschlag des Bürgermeisters zur Diskussion, der EGD Stammkapital zu entziehen, das hätte eine Dauerwirkung gehabt, deshalb ist die von uns akzeptierte Maßnahme, den Gewinn in diesem Jahr in den Haushalt einzustellen, aus unserer Sicht – aus der mehrheitlich von uns Vertretenen- das mildere Mittel und vertretbar.

Dieser Haushalt ist der letzte in dieser Ratsperiode, der nächste wird von einem anderen Bürgermeister eingebracht werden. Und ich finde, dass es deshalb angebracht ist, vielleicht mal eine kurze Rückschau auf die letzten fünf Jahre zu halten und zu fragen, was wollten wir eigentlich erreichen in diesen fünf Jahren, in dieser Ratsperiode und was haben wir davon realisiert.

Wir wollten unsere bisherigen freiwilligen Leistungen auf dem Niveau erhalten, auf dem hohen Niveau erhalten das wir haben. Die Vereinsförderung sollte nicht angetastet werden und wir wollten insbesondere unseren Spitzenplatz im Kreis, was Kinder- und Jugendarbeit betrifft, nicht verlieren. Wir können heute feststellen, wir haben das geschafft. Wir wollten unseren Städtebau auf die Innenstadt konzentrieren. Rheinpromenade, Nonnenplatz und Fußgängerzonen attraktiver machen. Wir sind noch nicht ganz fertig damit, aber auch hier können wir feststellen, geschafft, dass, was wir in dieser Ratsperiode dazu tun konnten, haben wir getan, haben wir angestoßen, eingespielt und die ersten Realisierungsschritte werden noch in diesem Jahr folgen.

Wir wollten mehr in öffentliche Gebäude investieren, in die Schulen vor allem und auch hier geschafft. Die Turnhalle Realschule oder die Fassadensanierung am Gymnasium sind Beispiele dafür und auch für die Turnhalle an der Europa-Hauptschule werden wir eine Lösung finden, nachdem sich die Ratsmehrheit ja nun öffentlich für den Neubau einer Zweifachhalle an der Hauptschule in Trägerschaft eines Investors ausgesprochen hat, gehe ich davon aus, dass die Verwaltung uns in den nächsten Wochen eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung vorlegen wird.

Wir wollten eine Lösung für die Raumprobleme unserer Feuerwehr. Auch das geschafft, das neue Feuerwehrgerätehaus ist projektiert und wird, so hoffe ich, dann spätestens im nächsten Jahr, Anfang des übernächsten Jahres bezugsfertig sein.

Wir wollten eine solide Finanzierung unserer Haushalte, weg von immer mehr Kreditaufnahmen. Das war ja ein großes Problem Anfang der 90-er Jahren mit den entsprechenden Verfügungen, die uns der Landrat hier auf den Tisch gelegt hat. Wir haben dazu vor drei Jahren im Rat einen Grundsatzbeschluss gefasst und wir können heute feststellen, wir haben das geschafft. Trotz erheblicher Investitionen der letzten Jahre haben wir die uns mit dem Grundsatzbeschluss auferlegten Grenzen nicht überschreiten müssen, insbesondere bei der Kreditaufnahme nicht.

Wir hatten dann noch Verwaltungsmodernisierung auf dem Wunschzettel. Da sind wir, sie werden mir das nachsehen Herr Boch, nicht ganz so weit gekommen, wie wir gedacht haben. NKF ist noch kein Thema hier in Emmerich, es ist nicht umgesetzt. Wir haben die Budgetierung, dezentrale Ressourcenverantwortung jedenfalls nicht in dem Umfang umgesetzt, wie wir uns das vorgestellt hätten, wir sind auch, was die Kosten-Leistungs-Rechnung angeht, noch nicht so weit gekommen, wie wir das wollten. Das sind Dinge, da ist noch nachzuliefern, da ist nachzuarbeiten, das wird der neue Rat und der neue Bürgermeister zu erledigen haben. Die Aufzählung ist nicht vollständig. Sie zeigt aber, dass die letzten Jahre keine verlorenen Jahre waren, sondern für unsere Stadt voller Aktivität und Veränderung waren. Wir haben immer gesagt, in dieser Stadt gibt es ohne die SPD-Fraktion keine stabile Mehrheit. Stabil heißt in diesem Sinne keine Mehrheit, die über den Tag hinaus trägt und die es erlaubt, auch langfristig Konzepte verlässlich umzusetzen. Wir haben nach 99 zwei Jahre lang erlebt, wie die Mehrheitsfraktion versucht hat, mit wechselnden Partnern Mehrheiten gegen unsere Fraktion und ohne unsere Fraktion zu bilden. Das war erfolglos wie wir heute wissen. Und seither hatten wir mit der CDU-Fraktion eine Zusammenarbeit in den wesentlichen Fragen vereinbart, vor allem bei der Verabschiedung der Haushalte. Diese Zusammenarbeit war aus meiner Sicht reibungslos. Für manchen war sie vielleicht schon ein bisschen zu geräuschlos, einige hat es offenbar gestört. Für unseren Teil haben wir uns bemüht, ein solider Partner zu sein und wir hatten in der CDU-Fraktion ebenso verlässliche Partner. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass die meisten Menschen in unserer Stadt sich im Grunde überhaupt nicht dafür interessieren, wer im Rat am lautesten für sich reklamiert Recht zu haben. Die Emmericher wollen keine Erklärungen dafür, warum etwas nicht funktionieren kann, sie wollen sehen, dass es funktioniert und das sicherzustellen, dazu haben sie uns gewählt. Insoweit war diese geräuschlose Zusammenarbeit erfolgreich. Die Ergebnisse sprechen für sich.

Ich bedanke mich im Namen unserer Fraktion bei allen, beim Bürgermeister und seiner Verwaltung und bei den Kolleginnen und Kollegen des Rates, insbesondere den Partnern in der CDU-Fraktion für das angenehme Klima, in dem wir diese Arbeit bisher leisten konnten. Mit der Verabschiedung dieses Haushaltes endet die Zusammenarbeit zwangsläufig, denn der neue Haushalt muss auch von einem neuen Rat und seinen Fraktionen verabschiedet werden. Und selbstverständlich werden wir in den nächsten Monaten dafür werben, dass wir bei den anstehenden Wahlen für unsere Ideen, Vorstellungen und Konzepte mit einer eigenen Mehrheit ausgestattet werden. Wir werden uns auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass wir genau da weitermachen, wo wir jetzt stehen. Gemeinsam mit unseren Bürgern wollen wir eine moderne lebendige Stadt gestalten, in der die Menschen leben und arbeiten können.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion beantrage ich, dem Haushalt in der vorgelegten Form zuzustimmen.“

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Beckschaefer das Wort.

Mitglied Beckschaefer:

"Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich bitte zu Beginn meiner Rede zum Haushaltsjahr 2004 kurz auf das Jahr 2003 zurückkommen.

Der Haushalt 2003 scheint ausgeglichen zu sein. Trotzdem sehen wir die Gründe unserer Ablehnung für 2003 heute bestätigt, denn

- die geplanten Grundstücksverkäufe von 4,3 Mio. sind bei weitem nicht erzielt worden,
- geplante Investitionen haben nicht stattgefunden,
- gerettet hat uns in letzter Minute eine erhebliche Gewerbesteuer-Nachzahlung von rund 5 Mio. und
- wir haben eine nicht stattgefundene Zahlung von 3,85 Mio. Euro als Einnahme verbucht, obwohl der Verkauf städtischer Anteile an die TWE in 2003 nicht erfolgt ist. Ein stolzer Betrag, von dem wir nur hoffen können, dass er in 2004 tatsächlich auch kassenmäßig eingehen wird.

Wenn denn die Genehmigungen kommen!

Der Ausverkauf des städtischen Vermögens war bereits für 2003 geplant, konnte aber nur teilweise realisiert werden, wird jetzt aber konsequent von CDU und SPD fortgesetzt.

Diese Politik der falschen Entscheidungen, so z.B. Investitionsvorhaben nach der Höhe voraussichtlicher Landeszuweisungen durchzuführen, war falsch. Im Übrigen werden Zuschusszusagen und Berechnungen bei den allgemein leeren Kassen immer fraglicher. Ein Beispiel dafür: Von den ursprünglich angenommenen 70 % Förderung für die Gestaltung der Rheinpromenade sind nun ganze 50 % übriggeblieben – und auch dafür gibt es noch keine verbindliche Zusage. Aber dafür haben wir die Kröte des absoluten Nicht-Auto-Verkehrs schlucken müssen.

Den Haushalt 2004 wird und muss die Bürgergemeinschaft Emmerich ablehnen, denn eine Verschiebung von 8 Mio. aus dem Vermögenshaushalt zur Deckung der laufenden Kosten des Verwaltungshaushaltes zeugt weder von echten Konsolidierungsbemühungen noch von ernst gemeintem Sparwillen. So ist dieser Haushalt ein Symbol für die Politik in unserer Stadt: Die Finanzierung erfolgt durch "Bilanztricks", Verschleierung und Verschiebung von Schulden der Stadt auf ihre Tochtergesellschaften. Der bei der Einbringung im Dezember 2003 so dramatisch wirkende Haushaltsplan-Entwurf wurde nun nur kosmetisch entschärft.

Lassen Sie mich deshalb hier die aus unserer Sicht problematischen Punkte aufzählen:

- Das Grundstück Albert-Schweitzer-Grundschule inkl. Turnhalle soll an eine neue städtische Gesellschaft verkauft werden (Wert 1,5 Mio.). Die Stadt wird den für diese Gesellschaft den notwendigen Kredit durch eine Bürgschaft absichern müssen, das ist eine Taschenspieler-Politik, von der linken in die rechte Tasche.
Aber rechtlich einwandfrei, die Schulden der Stadt werden nicht erhöht und die Forderung des Landrates damit erfüllt.
- Die zu verkaufenden Grundstücke sind wieder sehr optimistisch angesetzt, immerhin ca. 4,3 Mio. Fraglich erscheint uns der schnelle Verkauf Beeker Straße nach der Bürgerbeteiligung.
- Das Areal des Bauhofes soll an den Eigenbetrieb Abwasserwerke verkauft werden, dafür sind 1,2 Mio. angesetzt worden. Dies ist lediglich eine Verschiebung von Schulden, also auch hier wieder der bekannte Taschenspielertrick von der linken in die rechte Tasche.
- Die EGD – 100 % im Eigentum der Stadt Emmerich – soll durch den Ankauf des alten Feuerwehrgerätehauses, den Grundstücksankauf für das neue Feuerwehrgerätehaus und durch die Übernahme der Vorplanungskosten immerhin 510.000 Euro finanzieren.
Dazu kommt eine Gewinnausschüttung von 600.000 Euro an die Stadt, so dass die Finanzkraft der EGD um insgesamt 1,1 Mio. Euro geschwächt wird. Und das - obwohl die EGD in 2004 ein Investitionsvolumen von 7 Mio. vor sich hat – hierzu gehört besonders der neue Containerkran.

Die Bürger und die Firmen Emmerichs subventionieren inzwischen mit ihren Energiekosten nicht nur das städtische Schwimmbad und den Hafen sondern zahlen nun auch direkt für den städtischen Haushalt mit.

Und das obwohl sie bereits mit Steuern, Gebühren und Abgaben belastet sind.

- Investitionsvorhaben wurden teilweise in das nächste Jahr verschoben, dieser Haushalt enthält Verpflichtungsermächtigungen von 6,8 Millionen.
- Und der Neumarkt feiert 2005 sein achtjähriges Jubiläum. So lange wird die Umgestaltung dieses einst als Mitte unserer Stadt definierten Platzes hin- und hergeschoben. Denn der ursprünglich für 2004 eingestellte Betrag von fast 500.000 Euro wird mal wieder ins nächste Jahr geschoben. Kein Zeichen von professioneller Finanz- oder Investitionsplanung!
- Die Kassenkredite wurden auf 7 Millionen Euro festgesetzt – zur Erinnerung: im Jahre 2003 waren es erst 4 Millionen.

Doch wir hatten auch Glück. Durch bundes- und landespolitische Entscheidungen und die Steuerreform haben wir rund 1,2 Mio. Euro mehr zu erwarten, so dass durch die geschilderten Maßnahmen die Entnahme des Kapitals von den Abwasserwerken in Höhe von 5,4 Mio. in 2004 zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig ist.

Aber – wir warnen ausdrücklich davor – diese bedrohliche Situation des Vermögensverzehr und Abbaus des Kapitals in die Folgejahre zu verschieben. Dieser Rat kann doch nicht sehenden Auges die Zukunft der jungen Generation gefährden wollen.

Wir sehen die Gesamtsituation, wie sie sich jetzt darstellt, als deutliche Folge der großen "Koalition" von CDU und SPD in den letzten 9 Jahren. Die Verantwortung dafür haben sie zu tragen.

In den Zeiten, als wir noch Geld hatten, wurden die falschen Maßnahmen finanziert. Ich weiß sehr wohl, Sie wollen es nicht mehr hören, und dennoch sage ich es:

Wir meinen den Luxus eines Plakatmuseums in Emmerich. Und auch heute noch werden mit dem knappen Geld falsche Maßnahmen finanziert – aktuelles Beispiel: der unnötige Ausbau der Ölstraße. Dafür wird die dringend notwendige Öffnung der Steinstraße hinausgezögert – obwohl $\frac{3}{4}$ der Einzelhändler dort und die große Mehrheit in der ganzen Innenstadt die Öffnung fordern. Das Geld dafür wäre vorhanden - die Einsparungen beim Dauerbrenner Neumarkt könnten die Kosten dafür decken.

Lassen Sie mich am Ende auch einige positive Punkte ansprechen:

Die Verschönerung der Innenstadt ist zweifelsohne wichtig und richtig – aber bitte mit einem durchdachten Konzept über die Länge der Fußgängerzone.

Die Einsparung von insgesamt 300.000 Euro in den Verwaltungskosten – 100.000 aus Personalausgaben und 200.000 aus den Sachausgaben – zeigt den Willen von Rat und Verwaltung, einen Beitrag zu Einschnitten zu leisten. Dies muss fortgesetzt werden.

Die interfraktionellen Gespräche vor der Haushaltsverabschiedung haben erstmalig stattgefunden und auch zu guten Ergebnissen geführt. Sie sollen jetzt regelmäßig stattfinden.

Fazit: Die Bürgergemeinschaft Emmerich kann diesem Haushalt nicht zustimmen. Die Gründe dafür habe ich Ihnen ausführlich dargelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für die Geduld des Zuhörens und besonders bedanke ich mich bei allen Bürgern unserer Stadt, die sich für unser Zusammenleben einsetzen und besonders bei den vielen ehrenamtlich Engagierten."

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Sickelmann das Wort.

Mitglied Sickelmann:

"Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Erfolg ist kein Zufall, sondern das Ergebnis gut getimter Entscheidungen. Misserfolg ist auch kein Zufall, sondern das Ergebnis gut geplanter Fehlentscheidungen oder anders ausgedrückt: wieviel CDU und SPD verträgt diese Stadt noch? Es sind zwei Legislaturperioden in denen die große Koalition mit ihrem segensreichen Wirken für sichtbare Ergebnisse in Emmerich gesorgt hat. Und wie sehr wir selektiv wahrnehmen, können Sie daran sehen, dass ich jetzt ein Zitat aus Herrn Jessners Haushaltsrede verwende "Mit der Innenstadt sind wir noch nicht ganz fertig", so unterschiedlich sind die Meinungen. Dieser Haushaltsplan ist kein Zufall, der Haushalt ist untrennbar mit den Fehlentscheidungen seiner Macher verbunden, das Kind ist in den Eimer gefallen. Aufgebaut ist dieser Haushalt aus den Erlösen der Teilprivatisierung und aus dem Verkauf der Grundstücke. Dafür wird ein Teil der kommunalen Selbstbestimmung aufgegeben und die letzten schönen Grundstücke in Elten verkauft. Und wenn die CDU mit ihrem Barfußpfad meint, sie könnte die Bevölkerung darüber hinwegtäuschen, dass sie das Landschaftsbild in Elten empfindlich zerstört haben die letzten Jahre, dann denken Sie daran, die Qualitäten, die Sie jetzt noch vorfinden, haben die Eltener den GRÜNEN zu verdanken und nicht Ihnen.

Aufgebaut ist der Haushalt auf den Erlös der Teilprivatisierung. Wie sich aber der Verkauf von Gelsenwasser an Dortmund und Bochum letztendlich auswirkt, ist noch offen. Diesen Erlös haben Sie noch nicht im Sack. Dafür schöpfen Sie schon kräftig aus dem Vollen. Ein Investitionshaushalt über 7,5 Millionen sehen wir als völlig überzogen an, abgesehen von der Investitionssumme können wir auch nicht glauben, dass derart viele Baumaßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden können. Das haben Sie, meine Damen und Herren auch so gesehen und mit seiner gewissen Listigkeit und Findigkeit diese Misere im Wahljahr noch einmal hingebogen. Und das meine ich als Kompliment. Ich betone das, weil ich ja sonst so sparsam damit bin.

Aber so recht freuen können wir uns nicht und trauen kann man dem fragilen Haushaltsgebäude erst recht nicht und dafür übernehmen die GRÜNEN auch keine politische Verantwortung. Das Tafelsilber einer Stadt kann man nur einmal verkaufen und damit sollten Schulden getilgt werden. Hier wird der Erlös dem laufenden Haushalt zugeführt, mit dem Ergebnis, dass die Finanzprobleme in das nächste Haushaltsjahr geschoben werden. Getrost können Sie die Schuld für die Haushaltsmisere an der Bundes- und Landespolitik festmachen, die ihren Teil zu der miserablen Finanzlage der Städte und Kommunen beigetragen hat. Wütend kann man natürlich auch sein, über die Ungerechtigkeiten des kommunalen Finanzausgleichs der uns für die gute Steuerkraft unserer Unternehmen bestraft. Insofern sind Sie entlastet.

Die GRÜNEN haben ein langes Gedächtnis und darum möchte ich Ihnen Ihre Sternstunde der großen Koalition von 20 Jahren eigentlich vorhalten. Wir sind jetzt 20 Jahre im Rat und da mussten wir manches mit ansehen, was das Vermögen dieser Stadt kontinuierlich vernichtet hat. Mit der Ohnmacht einer Opposition staunten wir immer wieder fassungslos, wie hier Investoren hofiert wurden, die nur eins im Sinn hatten, die Stadt über den Tisch zu ziehen. Von Reko über Rako, zu den Lischetzki, zu den Erbauern des Rheinpark-Centers, um die größten Abzocker zu nennen. Man definierte sich als Industriestadt, merkte aber nicht, dass die Globalisierung schon begonnen hatte, schuf das Millionengrab LDZ, samt einer fragwürdigen GmbH Emmerich-Bergh, fischte nach den Logistikern, begriff erst hinterher, dass dies ohne Impulse für den eigenen Arbeitsmarkt blieb. Es gab fast eine zehnjährige Debatte über die Anhebung der Gewerbesteuer auf den fiktiven Hebesatz, Millionen Euro, die am städtischen Haushalt vorbeigezogen sind. Auf ein innerstädtisches Filetstück wurde das Rheinpark-Center platziert, zu einem Zeitpunkt, als die Trendwende im Einzelhandel schon abzeichnete und mit Gleichmut schauten Sie der Ansiedlung von Lidl zu und konterkarierten die eigenen Zielvorstellungen.

Da, wo die Stadt hätte punkten können, tat sie es nicht, das einträgliche Grundstücksgeschäft überließ man den Bankinstituten und erst wenn der Markt abgefrühstückt ist, darf man selbst mal ran.

Aus dem Windpark Nord hätten wir eine kleine aber regelmäßige Einnahme gehabt, dass dies der Vorhaldebereich für weitere Logistikbuden ist, das sagt man nicht ehrlich, und auch hier gilt der Ersatz, Erfolg in der Stadtkasse ist das Ergebnis einer Folge gut getimter Förderanträge. Und wer zu spät kommt, muss eben selbst bezahlen, und das ist leider eine Menge.

Hier wundert uns, dass dies nie von der BürgerGemeinschaft thematisiert wird, denn das sind Beträge von denen man das PAN hätte dreißig Jahre und länger unterhalten können.

Zu einer kritischen Reflexion ihres Handelns war und ist diese Koalition bekanntlich nie in der Lage gewesen, was sich auch im Umgang mit den kleinen Fraktionen wiedergespiegelt hat. Für uns bedauerlich ist, dass wir eine lange angemahnte Forderung, die Sanierung der Innenstadt nun nicht in diesem Tempo mittragen wollen. Zum einen, weil wir das Geld nicht haben, zum anderen, weil wir aus Fehlern lernen wollen. Erfolg ist die Folge gut getimter Entscheidungen. Diese Voraussetzung fehlt hier. Nach einem Jahrzehnt Untätigkeit wird im Hauruck-Verfahren eine Sanierung durchgezogen. Wir finden diese Planung sehr gut und begrüßen, dass endlich ein Innenstadtkonzept erarbeitet worden ist, aber Sie müssen auch Bewohner, Bürger und Einzelhändler überzeugen können. Dieser Prozess des Einbindens der Bürger ist u. E. wieder einmal versäumt worden. Sie werden nur Widerstand ernten, wenn diese wichtige Voraussetzung fehlt. Es versteht kein Bürger, wenn wir in Zeiten leerer Kassen Kaßstraße und die Stadtkasse gleich mitaufreißen. Dieser Abstimmungsprozess hat ja auch beim PAN-Museumsbau gefehlt. Wir konnten die Bürger nicht überzeugen. Die Folge davon ist, eine dauernde Selbstbeschädigung der Stadt mit hohen Reibungsverlusten zum Schaden aller. Aus diesem Fehler sollten wir lernen und umdenken.

Deswegen wollen wir mit den Bürgern diskutieren und damit eine tragfähige Basis entsteht, im breiten Konsens gebildet, der diese Sanierung auch in Zeiten leerer Kassen mitträgt. Das sehen wir als die aussichtsreichere und erfolgreichere Variante an. Das sehen wir auch im Falle der Steinstraße so, nur eine Öffnung der Straße ist einfach zu wenig, die verschiedenen Interessen und Ansprüche müssen unter einem Hut gebracht werden.

Was ist sonst zum Haushalt anzumerken: Investitionshaushalt Abteilung Straßenbau: Es gibt noch Geheimnisse in dieser Stadt, und auch nach zwanzig Jahren gibt es die noch. Es war immer ein Rätsel nach welchen Kriterien hier der Straßenausbau erfolgte. Es gibt Bürger, die warten 35 Jahre auf den Ausbau, wie z. B. Jan-de-Beyer-Straße und es gibt Bürger, die finden bei Bezug ihres schmucken Eigenheimes gleich eine gut ausgebaute Straße vor. Dies ist vornehmlich z. B. am Stadtgarten der Fall. Hier hat man zur besseren Vermarktung der Grundstücke durch die Bauträgergesellschaften gleich noch eine Wohnumfeldverbesserung aus der Stadtkasse nachgeschoben. Hier meine Damen und Herren wollen wir dafür sorgen, dass das Straßenausbauprogramm gerechter, aber vor allem mit nachvollziehbaren Kriterien durchgeführt wird. Deswegen müssen wir uns an den Punkt öffentlich korrigieren, der Ausbau der Jan-de-Beyer-Straße ist nötig, dass habe ich den Bürgern dort versprochen.

Die zweite Anmerkung die wir noch haben, sind die Kosten der Aufforstungsmaßnahmen. Bei der Begehung, der von Frau Dohmen angeordneten Kahlschläge ist uns aufgefallen, dass die Aufforstungen total verwahrlost und sich selbst überlassen wurden. An einigen Stellen sind nahezu 90 % der Anpflanzungen eingegangen, mangels Pflege oder weil der alte Bewuchs neu ausschlägt. Dieser Umgang mit Steuergeldern, es sind immerhin auch fünfstellige Zahlen, werden wir nicht mehr tolerieren. Deswegen hatten wir einen Sperrvermerk vorgeschlagen. Wir haben auch Zweifel an der fachlichen Qualität der Aufforstungspläne.

So, damit sind wir heute am Ende unserer Ausführung. Wünsche an den Haushalt wären nur mit Verschuldung möglich gewesen, darum haben wir uns in Bescheidenheit geübt. Dies war unsere Meinung zum Haushalt, wie wir sie leider nur einmal im Jahr in dieser ritualisierten Form des Schlagabtausches an den Rat bringen können. Ich danke Ihnen auch für's Zuhören und ich danke allen, dass wir mit Ihnen streiten durften."

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Struckhof das Wort:

"Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir schreiben das Jahr 2004 und feiern in diesem Jahr den 200sten Todestag des großen deutschen Philosophen Immanuel Kant.

Gerade die Freie Demokratische Partei baut ihre sogenannte Weltanschauung auf Thesen dieses großen Denkers auf und deshalb möchte ich mit einem häufig zitierten Satz dieses Preußen beginnen:

„Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne!“

Ich wiederhole diese wichtigen Worte:

„Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne!“

Diesen berühmten Lehrsatz Kants können wir auch wie folgt übersetzen:

„Was du nicht willst, daß man dir tu´, das füg´ auch keinem ander´n zu!“

Welche Bedeutung hat der „kategorische Imperativ“ Kants für unser heutiges Handeln als Kommunalpolitiker und für unseren Haushalt?

Ich möchte es Ihnen heute etwas verdeutlichen und mich mehr mit der Langfristigkeit unseres Tuns befassen, als mit dem Haushalt 2004, da die Argumente längst ausgetauscht sind. Ich bitte Sie, es mir nachzusehen, da es sich heute um meine letzte Haushaltsrede als FDP-Fraktionsvorsitzender handelt. Mit diesem Haushalt schichten wir einen Betrag in Höhe von exakt 7,995 Millionen EURO vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt um, weil wir diese Summe dort zu viel ausgeben. Geld, das wir im Verwaltungshaushalt ausgeben, wird regelrecht aufgegessen. Es ist weg! Einfach weg!

Dafür müssen wir unser Vermögen antasten. Wir haben jetzt erst unsere Abwasserwerke privatisiert und dafür 4,3 Millionen EURO eingenommen.

Die Abwasserwerke konnten wir nur dieses eine Mal privatisieren und der eingenommene Betrag für die Abwasserwerke reicht noch nicht einmal aus, um die Lücke im Verwaltungshaushalt zu schließen.

Komme ich nun zurück zu Kant.

Ist es tatsächlich unser aller Wille, unser Vermögen aufzuzehren und dabei zu wissen, daß es unwiederbringlich weg ist?

Ist es wirklich unser aller Wille, daß wir wissen, daß wir nächstes Jahr ein ähnlich großes Loch im Verwaltungshaushalt haben werden, weil wir nicht radikal sparen?

Roman Herzog sagte im Oktober 2003, daß er sicher sei, „daß wir aus jedem Haushalt mindestens zehn Prozent rausstreichen könnten.“

Wieso werden Menschen wie ich, die dies immer wieder laut fordern von lehrerhaften Fraktionsvorsitzenden als dumme Jungs dargestellt?

Ich frage: Ist Roman Herzog wirklich auch ein dummer Junge?

Wenn wir als FDP letztes Jahr forderten, die Zuwendungen an Fraktionen und sachkundige Bürger zu reduzieren, wurde uns gesagt, dies ginge nicht und es würde sich um Peanuts handeln.

In Rees hat die CDU genau dies im aktuellen Haushalt durchgesetzt.

Zu meiner Schande muß ich gestehen, diesmal gegen die Stimmen der FDP-Kollegen in Rees.

Ich will hier nicht die freie Entscheidung anderer Politiker kritisieren, sondern ein Dilemma in der deutschen Politik deutlich machen.

Es kommt in Deutschland offensichtlich nicht darauf an, das Richtige zu fordern, sondern es kommt wohl nur darauf an, wer das Richtige fordert.

Es geht in Deutschland nur noch um Machterhalt der Regierenden und dabei schwindet das Vertrauen der Menschen in die Politik.

Wir, die Politiker, genießen mit das geringste Ansehen und Vertrauen bei den Menschen in diesem Lande.

Dabei haben wir hier am Tisch alle Möglichkeiten, um die Maxime unseres Willens jederzeit zugleich als Prinzip der allgemeinen Gesetzgebung gelten zu lassen oder noch besser: werden zu lassen.

Ist es wirklich unser aller Wille, daß unsere Kinder, Enkel, Urenkel kein Tafelsilber mehr haben werden, um ihre Zukunft frei gestalten zu können?

Unser Vorschlag: 20 % des Personals der Stadtverwaltung in den nächsten 10 Jahren abzubauen, wurde zu einem allerkleinsten gemeinsamen Nenner: In diesem Jahr lediglich 1 % der Personalkosten einzusparen, ohne dies aber für die nächsten Jahre zum Prinzip zu erklären.

Stattdessen werden der Bürgermeister und der Personalrat in ihren ureigenen Rechten beschnitten! Sie dürfen künftig nicht mehr ohne die Politik über neue Einstellungen nach eigenem Ermessen entscheiden.

Die Politik hat so ein weiteres Spielfeld entdeckt, wo sie sich in die Tagesgeschäfte der Verwaltung einmischen kann, um scheinbar sparsam zu agieren.

Nein! Ich behaupte, daß dies allein dazu führen wird, kurzfristige Entscheidungen zu forcieren und undurchsichtige Interessen zu verfolgen.

Richtig wäre es, wenn die Verwaltung den Auftrag erhielte, bis zum Sommer ein Personalmodell zu erarbeiten, in dem für die nächsten 10 Jahre festgeschrieben wird, wie das Personal der Verwaltung sinnvoll reduziert werden kann. Dies würde erst vom Personalrat und dann vom Stadtrat abgesegnet und gäbe jedermann Planungssicherheit.

Eine Langfristigkeit unserer Politik ist doch für niemanden außerhalb des Rates wirklich erkennbar. Und dies gilt für alle Bereiche unseres Wirkens!

Es geht doch bei einer vertrauensbildenden und vorausschauenden Politik zum Wohle der Bürger gar nicht darum, welche Straße in diesem Jahr oder im nächsten Jahr saniert wird.

Dies ist für langfristige Erfolge und den Aufstieg Emmerichs unwichtig. Das müßten wir nebenbei entscheiden und nicht zu Hauptthemen unserer Arbeit machen.

Meiner Ansicht nach geht es vielmehr darum, auch unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln eine Zukunft in dieser Stadt zu bieten.

Dazu müssen wir nicht immer „Geld in die Hand nehmen“, wie die CDU es immer sehr positiv nennt. - Genau deshalb lehnen wir einen teuren Umbau der Kaßstraße ab, weil die Pflasterung nicht kaputt ist. Sie ist funktionsfähig, wenn auch nicht modern. Irgendwann aber historisch und dann ein Anziehungspunkt für Touristen. Es will doch auch niemand von uns das Rathaus abreißen, weil es nicht mehr modern ist. Oder demnächst vielleicht doch?

Die Steinstraße kann im Grunde so geöffnet werden, wie sie ist! Auch das kostet kaum Geld, weil die Steinstraße in ihrem jetzigen Zustand schon einmal für den Verkehr geöffnet war. - Wir, die FDP wollen in diesen zwei Fällen keine Steuergeldverschwendung, denn der Umbau dieser zwei Straßen ist nicht notwendig.

Zurück zu den wirklichen Problemen für die Zukunft unserer Kinder, Enkel und Urenkel:

Meine Idee eines „sozialen Generationsvertrages für Emmerich“ hätte keine Steuergelder gekostet, er hätte dazu beigetragen unser Pflege- und Rentensystem zu entlasten und würde das soziale Engagement der Bürger stärken, die sich derzeit immer weniger sozial engagieren.

Es wird für Feuerwehr, THW und andere Hilfsdienste bekanntlich immer schwieriger, freiwillige Helfer zu finden. - Genau hier setzte meine Idee an und wurde vom Rat der Stadt verworfen oder besser gesagt: Nicht diskutiert, weil nicht ernst genommen vor Blindheit künftiger Probleme.

Wir versäumen es, gute Ansätze zu verbessern oder wir reden diese tot. Im besten Falle werden faule Kompromisse auf dem Niveau eines allerkleinsten gemeinsamen Nenners geschlossen.

Und genau die junge Generation ist es, der wir mit dieser Art von Politik alle Zukunftsperspektiven nehmen.

Die Jugend findet ihre Worte; wie in dem nachfolgenden Liedertext, mit dem ich meine letzte Haushaltsrede schließen will.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 920.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 6.841.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 7.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag auf	403 v.H.

§ 6

- Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW. Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.
- Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 6 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR.
- Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
- Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf

2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.

5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs.1 Satz 5 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2004

3. das Investitionsprogramm 2004 – 2007

Beratungsergebnis: 27 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

9	04 - 13 1554/2004	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlaß der Veranstaltungen	
		"Emmerich blüht auf"	am 14.03.2004
		"Autoshow"	am 13.06.2004
		"Stadtfest"	am 12.09.2004
		"St. Martinsmarkt"	am 07.11.2004

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

10 10 - 13 1556/2004 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

Mitglied Sickelmann nennt die Nachfolgebesetzung für den Vergabeausschuss:

Mitglied	stellv Mitglied
Sickelmann, Ute	Siebers, Sabine

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag und die Ergänzung abstimmen.

Der Rat benennt Herrn Harald Peschel als stellvertretendes Mitglied im Vergabeausschuss für Frau Gregorius-Deller.

Weiterhin benennt der Rat für den Vergabeausschuss Ute Sickelmann zum Mitglied und Sabine Siebers zum stellv. Mitglied.

Beratungsergebnis: 35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

11 10 - 13 1566/2004 Bildung Aufsichtsrat TWE

Mitglied Diks teilt mit, dass die Fraktionen sich dahin gehend geeinigt haben und schlägt eine Besetzung aller Fraktionen im Verhältnis von 3 - 3 - 1 - 1 - 1 vor.

Die Fraktionsvorsitzenden benennen ihre Mitglieder

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein wählt - vorbehaltlich des Vorliegens der erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen- nachfolgend genannte acht Personen in den Aufsichtsrat „Technische Werke Emmerich GmbH“

	Mitglied	namentlicher Vertreter
	CDU	CDU
1	Kunigk, Heinz-Gerd	Spiegelhoff, Werner
2	ten Brink, Johannes	Gorgs, Hans-Jürgen
3	Hövelmann, Gabriele	Lang, Hermann
	SPD	SPD
4	Diekman, Rolf	Tepaß, Udo
5	Bongers, Karl-Heinz	Segelken, Bernd
	BGE	BGE
6	Beckschaefer, Christian	Spiertz, André
	GRÜNE	GRÜNE
7	Sickelmann, Ute	Siebers, Sabine
	FDP	FDP
8	Struckhof, Dieter	Kukulies, Christoph

Beratungsergebnis: 35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

12 41 - 13 1555/2004 Beratung und Beschlussfassung über den Prüfungsbericht des Wirtschaftsplanes 01.08.2002 - 31.07-.2003 des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte der Stadt Emmerich am Rhein

Mitglied Roebrock stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte zum 31.07.2003 wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag von 9.783,59 € wird aus dem Haushaltsplan der Stadt des Jahres 2004 ausgeglichen.
3. Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 01.08.2002 bis 31.07.2003 Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

13 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Finanzaffäre Koch;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass die Gegenseite eine Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH eingelegt hat.

2. Bahnübergang Löwentor;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass der Auftrag "Prüfung verschiedener Varianten" sich dem Ende der Bearbeitung nähert. Er erläutert die weitere Beratungsfolge in den Ausschüssen:

Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss	17. oder 24.03.2004 (Vorstellung der Variantenvergleiche)
Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz	Ende April (Vorstellung der UVS, die für diese Varianten erforderlich ist)
Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss	Anfang Mai (Entscheidung der Varianten)
Rat	Ende Mai

Anfragen

1. Spiegel an der Wallstraße (Rettungswache);
hier: Anfrage von Mitglied Jessner

Mitglied Jessner bezieht sich auf eine Anfrage aus einer Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses, in der nachgefragt wurde, ob im gegenüberliegenden Bereich der Rettungswache ein Spiegel aufgestellt werden könne, da die Ausfahrt der Rettungswache sehr unübersichtlich sei.

2. Autobahnanschluss im Zuge der L 90;
hier: Anfrage von Mitglied Jessner

Mitglied Jessner fragt nach dem aktuellen Stand des Autobahnanschlusses der L 90.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass nach Auskunft bei der bearbeitenden Behörde die Auskunft erteilt wird, dass daran gearbeitet würde. Die Verwaltung sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen hierüber detaillierter zu berichten.

14 Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.18 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.